

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2. XXI/177

Bonn, den 6. September 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Letzter Dienst ?

54

Zum Rücktritt des Bundesministers Westrick

2

"Vor dieser Kreise"

31

Über die Würde des Parlaments

Von Brita Säger, MdB

3

Vor Schaden bewahren

42

Die SED und die Stabilisierungsgesetze

4

Politischer Solidaritäts-Streik ?

51

Unruhiges Franco-Spanien

Von unseren HD-L-Korrespondenten in Madrid

5 - 6

Politische Herbstmanöver in Frankreich

94

Die Parteien vor der Wahl im Frühjahr 1967

Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

+ + +

Letzter Dienst ?

Zur Rücktritt des Bundesministers Westrick

Sp - Schon seit langem wußte der jetzt zurückgetretene Bundesminister Westrick, daß man ihn in der CDU/CSU, aber auch in der FDP, für den dunklen Geist des Kanzlers im Palais Schaumburg hielt. Seine Treue zu Erhard hat ihn bisher daran gehindert, aus dieser ihm bekannten Einschätzung seiner Person Konsequenzen zu ziehen, die andere von ihm verlangten. Bereits als Erhard Kanzler wurde und es um die Frage ging, wer als rechte Hand des Regierungschefs die Fäden zusammenhalten sollte, gab es bei den Parteifreunden des späteren CDU-Vorsitzenden mehr oder weniger lautes Gemurmel. Westrick erhielt den Titel "Graue Eminenz", was allerdings in einer solchen Position nicht erstaunlich ist.

Der Hauptvorwurf gegen den Kanzlervertrauten war jedoch mehr politischer Natur. Von Erhard wußte man sowieso, daß er kein Politiker, d.h. kein Mann mit einer für ein solches Amt notwendigen Entscheidungsfähigkeit ist. Wenn nun ein unpolitischer Kanzler außerdem noch von einem von Natur aus unpolitischen Beamten von der Politik abgeschirmt wird - so sagte man in führenden CDU-Kreisen -, dürfte es überhaupt schwierig sein, so etwas wie eine politische Führung an der Spitze der Regierung zu etablieren. Erhard jedoch blieb fest; vielleicht das einzige Mal in seiner Laufbahn als Politiker. Er wollte nicht auf Westrick verzichten und hiewe ihn in die Position eines Bundesministers.

In den darauffolgenden Monaten und Jahren erwies sich, daß die Kritiker Westricks Recht hatten. Die graue Eminenz des Kanzlers nahm bald die entscheidende Position in Kanzlerart ein, und nicht von ungefähr wurde immer wieder behauptet, nicht Erhard, sondern Westrick treffe die Kanzlerentscheidungen, bereite das Arbeitsprogramm vor und sei der eigentlich Regierende.

Der Rücktritt Westricks während einer Bundestagsdebatte, die u.a. auch der Regierung selbst einen Hauch von Stabilität geben sollte, kann ein letzter Dienst des treuen Knappen für seinen Herrn gewesen sein. Wir sagen ausdrücklich **k a n n**, denn möglicherweise hat Westrick diesen ihm sicher nicht leicht gefallenen Schritt auch getan, um den angeschlagenen Kanzler seinem Schicksal zu überlassen.

Während des "Arbeitsurlaubs" von Erhard am Tegernsee wurde schon behauptet, der Kanzler sei unter gewissen Umständen bereit, sich von seinem treuen Westrick zu trennen. Ein Mann wie Westrick muß ein solches Gerücht als tiefe Enttäuschung, um nicht zu sagen Beleidigung empfunden haben. Ob er, der sicher immer treu und ergeben war, jetzt endlich begriff, daß er seine Treue einem Falschen gegeben hatte - das zu erfahren wird wohl niemals möglich sein.

Jetzt heißt es, der Bundeskanzler werde von seinen Freunden gedrängt, an die Stelle des scheidenden Westrick einen sogenannten Vollblutpolitiker zu stellen; einen Mann, der ihm politische Entscheidungshilfe leisten könne. Wenn das zutrifft und wenn Erhard

diesen Rat seiner Freunde befolgt, unterschreibt er seine eigene baldige Abdankung. Dann wird es keine Reform der Regierung, sondern einen Sturz des Regierungschefs geben. Befolgt Erhard den Rat nicht und nimmt wieder einen Mann, der sich weniger als Politiker, dagegen mehr als neuen Blitzableiter oder Kulissenbeweger sieht, dann wird Erhard vielleicht noch einige Monate länger im Palais Schaumburg bleiben, aber den letzten Rest seines Ansehens verspielen.

Im Übrigen aber hat Bundesminister Westrick durch seinen Schritt alle kunstvollen Bemühungen der CDU, die Regierungsspitze doch noch etwas attraktiver zu gestalten, in Frage gestellt.

+ + +

"Vor diesem Kreise"

Über die Würde des Parlaments

Von Fritz Sängler, MdB

Unzweideutig hatte der Bundeskanzler am Donnerstag vor dem Plenum des Bundestages gesagt, er wolle die Gründe für das Rücktrittsgesuch seines bisherigen engsten Mitarbeiters Westrick nicht "vor diesem Kreise" erörtern. Es wird interessant sein, aber nicht entscheidend, ob diese Worte auch im stenographischen Bericht des Bundestages vom 15. Sept. 1966 gedruckt stehen werden. Zu viele waren Hörer seiner Rede.

Der Abgeordnete Herbert W e h n e r, amtierender Vorsitzender der Fraktion der SPD, erhob sich und fragte den Kanzler, ob er wohl recht verstanden habe, wenn er von einem "Kreis" hörte, als der B u n d e s t a g gemeint war.

Erhard hatte eine Chance. Es war am zweiten Tag der Beratungen im Plenum. Stundenlang waren die Reden von Abgeordneten und Kanzler verfolgt worden. Jedermann hätte Ermüdung und einen daraus entstandenen Fehlgriff in der Wahl des Wortes verstanden. Ein Wort der Entschuldigung vor dem Bundestag, von Ludwig Erhard in diesem Augenblick gesprochen, hätte den schwer angeschlagenen Kanzler unverhofft in eine Situation erhoben, in der er erhaben über den Dingen gestanden haben würde.

Ludwig Erhard ist dessen nicht mehr fähig. Er ist, man sieht es ihm an und nun hörte man es in einer billigen Ausrede, am Ende. Wie ein Schuljunge wollte er etwas anderes gesagt haben. Schweigen deckte die Peinlichkeit ab.

Aber da war noch ein Vorgang von tieferer Bedeutung: Ein Teil der politischen Freunde des Kanzlers klatschte der Penräterausrede Beifall...

Ein gesunder Sinn für die Würde der souveränen Volksvertretung hätte auch hier Schweigen geboten, wenn schon der Fraktionschef der Regierungspartei die Pflicht nicht wahrnahm, die der Vorsitzende der Opposition für das Haus erfüllte, das offenbar nicht auf allen Bänken begriffen hatte, was es sich selbst schuldig ist.

+ + +

Vor Schaden bewahren

Die SPD und die Stabilisierungsgesetze

sp - Die Stabilisierungsgesetze zur Sicherung von Wirtschaft und Währung. über deren Entwürfe der Bundestag anderthalb Tage lang diskutierte, werden auch die sozialdemokratische Handschrift tragen. Die bisherigen Regierungsentwurfe bedürfen gründlicher Korrekturen, sie werden nicht dem gerecht, was die Stabilisierungsgesetze bezwecken sollen.

über die Notwendigkeit, ein konjunkturpolitisches Instrumentarium zu schaffen, das wirksam angewendet werden kann, wenn es die Umstände erfordern, gab und gibt es zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien keinen Streit. Viel zu lange Zeit ließ die Regierung verstreichen, ehe sie sich zur Einkrung einer Gesetzesvorlage entschloß; jetzt hat sie es sehr eilig mit der Verabschiedung; sie möchte, ginge es nach ihrem Willen, die Gesetze noch in diesem Jahr unter Tack und Fack bringen. Das Bestreben, dem angeschlagenen Ansehen der Regierung Erhard wieder etwas Politur aufzutragen, mag dabei eine gewisse Rolle spielen.

Die Sozialdemokraten werden, das machten ihre Sprecher deutlich, es an zügiger Beratung nicht fehlen lassen. Sie haben von Anfang an ihre Bereitschaft zur Mitarbeit bekundet, ja, schon vor Jahren die Regierung und die Koalition bedrängt, in dieser Einsicht aktiv zu werden. Diese Bereitschaft wurde auch nicht durch die Vorgänge in Düsseldorf nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen getrübt. Die Mißachtung des Ergebnisses dieser Landtagswahl war eine politische Fortschrittsondergleichheit. Ihre negativen Auswirkungen sind heute schon zu spüren. Die Bruckierung der Sozialdemokratie als stärkste Partei in diesem größten Land der Bundesrepublik bleibt gewiß nicht vergessen, aber sie hat keinen Einfluß auf die Stellung der SPD im Bonner Parlament. Die Sozialdemokraten stellen sich nicht in den Schollwinkel, wie es manche in den Unionsparteien erhofften. Sie betreiben keine Obstruktionspolitik und lassen sich nicht von Rachegeisten leiten. Diese Partei trägt Verantwortung für das ganze deutsche Volk und sie nimmt ihre Verpflichtung ernst, das Volk vor Schaden zu bewahren.

Das trifft auch für die Beratung der im Bundestag vorliegenden Gesetzentwürfe zur Sicherung von Wirtschaft und Währung zu. Die sozialdemokratischen Sprecher haben in der ersten Lesung ihre besonderen Vorstellungen daruber entwickelt. Regierung und Koalition wissen nun, woran sie sind; von ihnen allein wird es abhängen, ob die Stabilisierungsgesetze zu einer wirksamen Waffe werden - allerdings nicht zu einer Waffe, die gegen die Existenzgrundlagen von Ländern und Gemeinden gerichtet werden darf.

In den vorliegenden Gesetzentwürfen gibt es zu wenig Sicherungen gegen die Aushöhlung der im Grundgesetz verankerte federalistische Struktur der Bundesrepublik. Da steckt in zu vielen Details der dirigistische Teufel drin. Hier bleibt höchste Wachsamkeit geboten.

Politischer Solidaritäts-Streik ?

Unruhiges Franco-Spanien

MEL - Mit größter Geheimhaltung reagierten offizielle Stellen in Madrid auf Berichte aus der baskischen Industrieregion von Guipuzcoa, nach denen es im Industriegürtel von Zumarraga und Eibar zu Kurzstreiks politischer Art gekommen sein soll. Den Berichten aus der Provinz Guipuzcoa zufolge haben sich die Metallarbeiter von Zumarraga mit den vor Kurzem festgenommenen sieben kommunistischen Mitgliedern der oppositionellen "Arbeiterkommissionen" dieses Gebiets solidarisch erklärt und sind in einen kurzfristigen Proteststreik getreten, um ihre Freilassung zu erzwingen.

Genauere Angaben über die Streikbeteiligung waren nicht zu erfahren. Wie die in San Sebastián erscheinende "Voz de España" berichtet, kam es im schwerindustriellen Zentrum von Eibar zu ähnlichen Arbeitsniederlegungen. In dem Blatt hieß es an unauffälliger Stelle unter der nichtsagenden Überschrift "Die Arbeitslage", am 1. September sei es "in verschiedenen Industriebetrieben von Eibar zu kurzen Streiks gekommen". "Die Beweggründe dieses Vorfalls erscheinen verwirrend, doch es wird aktiv ermittelt, um diese klarzustellen. Die davon betroffene Arbeiterschaft erfaßte nicht 20 Prozent der Arbeiter des Ortes," hieß es weiter, wobei offenblieb, ob nicht doch mehr als nur ein Fünftel der etwa 10.000 bis 15.000 Arbeiter in den Streik getreten waren.

Damit haben die "Liberalisierer" in der spanischen Regierung leider erfahren müssen, daß sie Recht hatten, als sie ein zügigeres Tempo der politischen Anpassung an die westeuropäischen Verhältnisse empfahlen, aber bei den konservativen Elementen auch außerhalb der Regierung auf taube Ohren stießen. Damit bestätigte sich einmal wieder, daß der kommunistische Einfluß nur dann stark wird, wenn sich konservative Interessengruppen einer Entwicklung in der Weg stellen, die von allen positiven Kräften des Landes innerhalb und außerhalb der Regierung als unausweichlich angesehen wird. Während seit dem 20. Dezember 1965 in Spanien Lohnstreiks in Betrieben nicht lebenswichtiger Art gestattet sind, bleiben politische Streiks nach wie vor verboten und werden als "sedición" verfolgt. Diese "Aufwiegelung" wäre aber bei rechtzeitiger Reformen unterblieben - sie erspart der Regierung und Volk manche Unannehmlichkeit, die beim gegenwärtigen Stand der Dinge einfach unvermeidlich wird.

Gegenwärtig konzentriert sich das Hauptinteresse der "Arbeiterkommissionen" auf die Vertrauensmännerwahlen in den 26 Vertikalsyndikaten sowie auf die Anhebung des täglichen Mindestlohnes von gegenwärtig 60 Peseten. Die offizielle Syndikatsorganisation hat gefordert, diesen Lohn (etwa 4,20 DM) auf 70 Peseten (9,10 DM) anzuheben, während die Madrider "Arbeiterkommissionen" auf 250 Peseten (17,50 DM) bestehen und das linksfalangistische Wochenmagazin "SP" einen Leserbrief abdruckt, in dem ein Mindestlohn von 350 Peseten (24,50 DM) für Familienväter verlangt wird. Dagegen verlautete amtlich, bisher sei geplant, eine Erhöhung dieses Mindestlohnes auf 84 Peseten (5,88 DM) zu erwägen. Vor allem die Großgrundbesitzer, die eigentlichen Nutznießer dieser niedrigen Löhne, bieten ihren nicht geringen Einfluß an, eine Lohnerhöhung zu verhindern. Sie wollen lieber im alten Trott weitermachen, als sich zu einer durchgreifenden Strukturänderung in der Landwirtschaft durchringen, wie sie etwa den Normen der EWG entspricht und für eine Beteiligung an der europäischen Wirtschaftsintegration gefordert wird.

Politische Herbstmanöver in Frankreich

Die Parteien vor der Wahl im Frühjahr 1967

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schauer

Mit de Gaulles Heimkehr nach einer dreiwöchigen Reise durch Afrika und Asien beginnt jetzt die politische Herbstoffensive zur Vorbereitung der Parlamentswahlen, die spätestens im Frühjahr 1967 stattfinden. Wider Erwarten marschieren die politischen Parteien wieder getrennt und es ist noch unklar, ob sie sich wenigstens in den entscheidenden Wahltagen gemeinsam schlagen wollen.

Rechtsgaullisten und Konservative

Die Gaullisten bangen um ihre relative Mehrheit. Sie treffen fleißigste Vorbereitungen an der linken und an der rechten Flanke der Regierungspartei UMR. Rechts bemühen sie sich um ein gemeinsames Vorgehen mit dem ausgetreteten Finanzminister Giscard d'Estaing, der zugleich Chef einer kleinen, aber wichtigen konservativen Gruppe ist, der "Unabhängigen Republikaner". Giscard betrachtet sich wohl als "Weggefährten" der Gaullisten, will sich aber nicht die Hände binden lassen. Frankreichs Konservative rechnen nun einmal bereits mit der Zeit "nach de Gaulle" und wollen ihre Chancen nicht durch eine allzu starke Bindung an die gaullistische UMR aufs Spiel setzen. So konnte sich die UMR bis jetzt mit ihren konservativen Partnern noch nicht endgültig auf gemeinsame Kandidaten in allen Wahlkreisen einigen.

Linksgaullisten und Kommunisten

Links hingegen ist es den Gaullisten gelungen, eine Reihe von intellektuellen Einzelgängern für verschiedene "Komitees" zu gewinnen und - was weitaus wichtiger ist - die relativ stärkste Partei Frankreichs, nämlich die Kommunistische Partei und ihren großen Gewerkschaftsband CGT weitgehend zu neutralisieren. Als Folge der weitgehenden französisch-sowjetischen Annäherung und im Zeichen der "Friedensoffensive" de Gaulles im Vietnam-Konflikt haben sich die KPF und ihre Randorganisationen in den letzten Wochen fast vorbehaltlos für de Gaulles Außenpolitik erklärt und zugleich auch auf innenpolitischer Ebene immer sanftere Töne angeschlagen.

"Roter Faden" vom Elysée zum Zentralkomitee der KPF

Parallel zum heißen Draht zwischen Kreml und Elysée läuft seit einiger Zeit ein "roter Faden" zwischen Gaullisten und französischen Kommunisten. Die Propaganda beider Parteien geht in der gleichen Stoßrichtung: gegen die Vereinigten Staaten und ihre "Agenten" auf französischen Böden (demokratische Links- und Mittelparteien), für de Gaulles Außenpolitik in Europa und Asien.

Die zunehmende Verständigung zwischen Gaullisten und Kommunisten hat weittragende Folgen für die ganze französische Innenpolitik. Die vor einigen Monaten angebahnte Annäherung zwischen den demokratischen Linksparteien und den Kommunisten ist gestoppt. Der Generalsekretär der KPF, Waldeck-Rochet, richtet sein propägedistisches Trommelfeuer gegen die demokratischen Parteien, schont aber zugleich in auffälliger Weise de Gaulle und die Gaullisten. Er verlangt von den demokratischen Linksparteien in ultimativem Ton, sie müssten sich mit den Kommunisten auf ein gemeinsames Programm festlegen und stellt dabei Forderungen.

von denen er weiß, daß die französischen Sozialdemokraten darauf nicht eingehen wollen und nicht eingehen können.

Die Linksföderation

Damit sucht die kommunistische Propaganda vor den französischen Linkswählern die Rechtfertigung für eine Wahltaktik, die sich jetzt bereits abzeichnet: In zahlreichen Wahlkreisen keine gemeinsamen Linkskandidaten, sondern selbständiges kommunistisches Vorgehen, auch wenn dadurch der Sieg des gaullistischen Regierungskandidaten gewährleistet wäre. Wahrscheinlich wird die KPF in der Praxis ihre Taktik in den einzelnen Wahlkreisen variieren: Linksdemokratische Kandidaten, die zu einer Unterstützung der französisch-sowjetischen Annäherung neigen - z.B. bestimmte Radikale in Südfrankreich - könnten im zweiten Wahlgang kommunistische Wahlunterstützung erhalten, nicht aber Sozialdemokraten im Stil Gaston Defferres, die dem Gedanken westlicher Solidarität den Vorrang geben.

Das Zerwürfnis zwischen Linksföderation und Kommunisten war voraussehbar. Es hat vor allem außenpolitische Gründe und ist eine unvermeidliche Begleiterscheinung der gaullistisch-kommunistischen Verständigung. Warum sollten die Kommunisten eine demokratische Linksföderation unterstützen, die außenpolitisch westlich orientiert ist, während de Gaulle den außenpolitischen Interessen der Sowjets jetzt in bedeutendem Maß entgegenkommt?

Lecanquets "Zentrum"

Auf der gleichen Linie liegt der Streit um Lecanquets christlich-demokratisches "Zentrum", das unter besonderem Beschuß der Gaullisten und Kommunisten liegt. Beide werfen Lecanquet vor, "reaktionär" und "rechtsgerichtet" zu sein, nicht etwa wegen seiner sozialpolitischen oder innenpolitischen Reformvorschläge, die zum Großteil auch von den Linksparteien unterschrieben werden können, sondern wegen seiner außenpolitischen Sympathien für die westliche Verteidigungsgemeinschaft. Lecanquet kann mit ungefähr 10 bis 15 Prozent der Wählerstimmen rechnen. Das scheint wenig zu sein, ist aber in Wirklichkeit das Zünglein an der Waage, unentbehrlich, möglicherweise sowohl für Gaullisten und Konservative als auch für die Linksparteien, um gegebenenfalls regieren zu können.

Gradenfrist

Man versteht also sehr wohl die Bemühungen der einen und anderen um die christlichdemokratischen Wähler. Den Gaullisten ist es bereits gelungen, einen der bekanntesten MRP-Führer zum Rückzug aus dem politischen Leben zu veranlassen, den Straßburger Bürgermeister Büllin, der schon als letzter Ministerpräsident der IV. Republik 1958 de Gaulle die Macht auslieferte. Andererseits wollen Mitterrand und Kollet nicht von vornherein alle Brücken zu Lecanquet abbrechen und die Möglichkeit offenhalten, im Falle eines entsprechenden Wahlerfolges, eine demokratische Koalitionsregierung zu bilden.

So erklärt sich die Taktik der KPF in diesem Spätsommer 1966. Aus außenpolitischen Gründen erscheint ihnen de Gaulle als "kleineres Übel" und sogar als Vorteil im Vergleich zu einer demokratischen Koalitionsregierung, die europäisch und atlantisch ausgerichtet wäre und deren Außenminister nicht mehr Couve de Murville, sondern mit Sicherheit Guy Mollet heißen würde.

Das gaullistische Regime erhält somit infolge des fortdauernden Haders zwischen den französischen Oppositionsparteien wahrscheinlich auch bei den kommenden Wahlen nochmals eine Gradenfrist.